

Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

■ der zweite Rundbrief diesen Jahres liegt vor Euch.

Der Sturm über die Entscheidung der Basis beim Göttinger Sonderparteitag zum Abstimmungsverhalten unserer Bundestagsabgeordneten hatte sich ja kaum gelegt, da setzten die baden-württembergischen Grünen auf dem Landesparteitag eins drauf mit dem deutlichen Ja zu einem bedingungslosen Grundeinkommen. Wie sich unsere Delegierten Lisa und Martina entschieden haben und wie sie den Parteitag überhaupt erlebt haben, haben sie in ihrem Beitrag zusammengefasst.

Auf kommunaler Ebene gab es ja auch einige mittlere Paukenschläge in letzter Zeit, wie die endgültige Entscheidung für das Schlossbergprojekt und kurz darauf die Freigabe des Waldgebietes bei der Fuchssteige zur Abholzung zum Zwecke einer Wohnbebauung. Näheres dazu im Beitrag von Michael.

Namentlich und bildlich stellt sich euch außerdem der neue Kreisvorstand vor. Wir freuen uns sehr, dass mit Brian im Vorstand eine kleine personelle Erneuerung erreicht werden konnte und bedanken uns an dieser Stelle bei Marcel Kunz für seine langjährige Mitarbeit.

Den Termin mit Cem Özdemir am 15. November in Heidenheim möchte ich Euch sehr ans Herz legen. Wir haben uns lange darum bemüht, Cem zu einer Veranstaltung in unseren Kreisverband zu bekommen. Bitte macht auch Werbung dafür in Eurem Umfeld!

Eine weitere Veranstaltung mit prominenter Besetzung ist für Anfang 2008 in Planung, denn Winne Hermann hat uns bereits eine Zusage gegeben (genauer Termin wird noch definiert). Thema wird zum einen der Klimawandel sein aber auch die geplante Bahnreform bzw. Teilprivatisierung. Winne ist ja u.a. Verkehrsexperte der Bundestagsfraktion.

Viel Spaß beim Lesen dieses Rundbriefs und herzliche Grüße

Stefani Schall-Uhl



Europapolitik

Cem Özdemir kommt

Donnerstag, 15. November 2007, 19:30 Uhr im Eugen-Loderer-Zentrum

Cem Özdemir, seit 2004 grüner Europaabgeordneter, wird über die Europäische Union sprechen. Der außenpolitische Sprecher seiner Fraktion wird die EU-Erweiterung und die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ebenso thematisieren wie die Migrations- und Integrationspolitik sowie die Bedeutung des neuen EU-Vertrags.

■ Der 42-Jährige ist seit 1981 Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen. Zwischen 1989 und 1994 im Landesvorstand der Partei in Baden-Württemberg. 1994 als erster Abgeordneter türkischer Herkunft in den Deutschen Bundestag gewählt, dort bis 2002. In dieser Zeit u.a. beteiligt an der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in Deutschland, die 2000 in Kraft trat.

Es gibt zwei Buchveröffentlichungen des Politikers: „Currywurst und Döner - Integration in Deutschland“ und die Autobiographie „Ich bin Inländer“. 1996 erhielt er die Theodor-Heuss-Medaille und den Civis Media Preis für seine Integrationspolitik.

Am 24. Oktober nahm Cem Özdemir anlässlich der Debatte über die Beziehungen EU-Türkei und den jüngsten Entwicklungen im Süden der Türkei wie folgt Stellung:

Offensichtlich versucht die PKK die Türkei in einen Krieg im Nordirak zu verwickeln. Diesen Eindruck muss man gewinnen, wenn man die jüngsten Angriffe auf die türkische Armee verfolgt. Wir verurteilen diese Anschläge auf das

Schärfste und sprechen den Angehörigen unser Mitgefühl aus.

Zu Recht weist die Regierung in Ankara darauf hin, dass die Kurden im Nordirak und die Regierung in Bagdad die Grenze zur Türkei sichern und verhindern müssen, dass die PKK von dort aus Anschläge auf die Türkei verübt.

Auch die USA sind aufgerufen, ihren Beitrag zur Sicherung der Grenze zu leisten und Bündnissolidarität nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis zu zeigen.

Die Türkei fordern wir auf, nicht auf die Provokationen der PKK hereinzufallen, die einen türkisch-kurdischen Krieg provozieren sollen. Ankara muss einen direkten Dialog mit den gewählten Führern der Kurden im Nordirak und der Regierung in Bagdad aufnehmen. Darüber hinaus muss der PKK die Grundlage für menschlichen Nachschub entzogen werden, indem wirtschaftliche, kulturelle, soziale und politische Reformen durchgeführt werden, die die Kurden der Türkei enger an die Republik binden.

Die europäischen Verbündeten rufen wir auf, in ihren eigenen Ländern dafür zu sorgen, dass das Rekrutieren von Jugendlichen für den bewaffneten Kampf der PKK nicht folgenlos bleiben darf, genauso wenig wie das „Eintreiben“ von Geldmitteln für die Terroristen.

Eine solche glaubwürdige Politik gibt den europäischen Regierungen auch die moralische Autorität, Ankara von militärischen Abenteuern im Nachbarstaat Irak abzuhalten, um nicht in aufgestellte Fallen zu tappen.

Grundsicherung oder Grundeinkommen

Bericht von der Landesdelegiertenkonferenz in Heilbronn von Lisa Kömm-Häfner

■ Sind die Grünen für ein völlig neues Sozialsystem mit einem bedingungslosen Grundeinkommen oder versuchen sie, das alte umstrittene System von Hartz IV mit einer Grundsicherung zu reformieren? Diese Frage führte in diesem Jahr zu heftigen Diskussionen in der Partei, und sie war auch das umstrittene The-

ma auf der LDK in Heilbronn.



ma auf der LDK in Heilbronn.

Vorher mussten die Bundestagsabgeordneten aus dem Ländle Rede und Antwort stehen über ihr Abstimmungsverhalten zum Afghanistan-Einsatz. Von den meisten Delegierten wurde akzeptiert, dass sich nicht alle Abgeordneten dem Beschluss von Göttingen gebeugt hatten sondern dass sie nach ihrem Gewissen entschieden haben.

Am Samstag wurde der alte Vorstand neu gewählt. Hier kam kurz ein Hauch von Spannung auf, weil sich Daniel einem Konkurrenten stellen musste. Max Burger-Eidger aus Rottweil konnte einen guten Achtungserfolg kassieren. Daniel, und auch Petra mit 40 Neinstimmen, müssen sich nach diesem Ergebnis fragen, wie sie ihre weitere Arbeit gestalten werden, damit sie das nächste Mal mehr Unterstützung von der Basis bekommen.

Die beiden ersten Tage wurden von der Presse zu Recht als langweilig beschrieben. Irgendwie fehlte der Biss, alles war geordnet, die Wahlen waren mehr ein Abnicken als eine richtige Wahl. „Buisness as usual“, die Grünen sind in

die Jahre gekommen. Richtig spannend wurde es dann am Sonntag bei der Entscheidung zwischen Grundeinkommen und Grundsicherung. Für alle, die (wie ich bis vor der LDK) sich nicht so ganz klar sind, wo die Prioritäten der unterschiedlichen Modelle liegen, beschreibe ich kurz die wesentli-

chen Unterschiede:

– Das Grundeinkommen wird bedingungslos an alle gezahlt, also auch an den Zahnarzt und den Manager bzw. ihre Gattinnen. Abgerechnet wird über die Einkommenssteuererklärung, das Grundeinkommen gilt praktisch wie ein Freibetrag. Über dieser Grenze steigen die Steuern entsprechend steil an. Kommt Mann oder Frau nicht über den Freibetrag, wird die Differenz als negative Steuer ausbezahlt. Kinder erhalten die Hälfte, die andere Hälfte wird für Bildungseinrichtungen verwendet.

– Die Grundsicherung wird nach Bedarf berechnet, es muss ein Antrag gestellt werden, der geprüft wird. Durch die Bedarfsprüfung soll genug Geld für den Aufbau einer Sozialinfrastruktur und Bildungsmaßnahmen übrig bleiben. Jede Person hat im Laufe ihres Lebens ein Jahr lang Anspruch auf ein Brückengeld in Höhe von Hartz IV, ohne dass sie in dieser Zeit Arbeitsangebote annehmen muss. Wann eine Person dieses Brückengeld beantragt, bleibt jeder selbst überlassen.

Die „Fronten“ bei der Diskussion gingen quer durch alle „Lager“. Es gab keine

Realos oder Fundis, es gab nur einzelne Mitglieder, die sich entweder für die bedarfsgeprüfte Grundsicherung oder für ein bedingungsloses Grundeinkommen aussprachen. Ich empfand die Diskussion zeitweise als sehr polemisch. Die einen warfen den anderen ein Gießkannenprinzip vor, diese konterten und sahen im Modell der Grundsicherung nur Flickschusterei, die an der Stigmatisierung der Bedürftigen nichts änderte. Vor allem von Fritz Kuhn als Rhetorikprofessor hätte ich persönlich mehr erwartet. Seine Rede war dadurch gekennzeichnet, dass er das Modell des Grundeinkommens schlecht redete, während er vom Modell der Grundsicherung fast nichts erzählte.

Letztendlich „gewann“ das Modell des Grundeinkommens, meiner Meinung nach zu Recht. Beide Delegierte, Martina und ich, haben uns überzeugen lassen, dass die fehlende Bedarfsprüfung zu mehr Eigenverantwortlichkeit und Souveränität führt als dies durch die bedarfsgeprüfte Grundsicherung

möglich ist, die doch wieder zu entwürdigenden Prüfverfahren und Rechtfertigungsdruck führt. Durch das Grundeinkommen werden auch Menschen wie Rogowski und die Albrecht-Brüder (als Aldi-Besitzer zwei der reichsten Männer Deutschlands) nicht mehr alimentiert, als es jetzt durch die Freibeträge geschieht, aber jeder Mensch erhält einen individuellen Anspruch auf Teilhabe. Dass sich auch Finanzexperten wie der Kassierer Harald Dolderer und der finanzpolitische Sprecher im Bundestag Gerhard Schick für diese Lösung aussprechen, spricht dafür, dass die Finanzierung machbar ist.

Richtig spannend wird es noch mal im November, wenn die BDK in Nürnberg stattfinden wird. Dann wird darüber diskutiert, ob sich die Grünen bundesweit für das Grundeinkommen aussprechen oder ob die Mehrheit zurückrudert zu dem Hartz IV-Konzept und lediglich mit ein paar Reformen versucht, das System menschenfreundlicher zu gestalten. Nach der Abstimmung auf der LDK wird das Konzept des Grundeinkommens als Leitantrag aus dem Südwesten eingereicht.

Aus dem Gemeinderat

Michael Sautter beleuchtet die Schlossbergbebauung aus Sicht der Fraktion - Wissenswelt als Alternative

■ Gegen die Stimmen der grünen Gemeinderatsfraktion wurde der Bauentschluss für die größte Investition in der Geschichte der Stadt Heidenheim gefasst: für fünfzig Millionen wird auf dem Schlossberg ein „Congress-Centrum mit Tagungshotel“, so der neue Titel, entstehen!

In unmittelbarer Nähe zu unserem Wahrzeichen Schloss Hellenstein werden in den nächsten Tagen zahlreiche alte Linden fallen. Bagger werden sich in den Fels hauen und einen ganzen Berg abtragen. Unsere Fraktion hat zahlreiche Alternativvorschläge zu diesem fragwürdigen Projekt unterbreitet. Vergeblich! Um die Verwirklichung nicht zu gefährden, hat sich die Stadt, stärker als geplant, in das Hotel eingebracht. Mit knapp vierzig Prozent Eigenkapital, das sind rund vier Millionen Euro, tritt sie als Investor



auf, obwohl die Gemeindeordnung ein solches privatwirtschaftliches Engagement untersagt. Weitere drei Millionen werden als „nachrangig gesichertes Gesellschafterdarlehen“, so der Gemeinderatsbeschluss, aufgebracht, nachdem sich die Banken gerade noch mit vier Millionen in die Hotelfinanzierung einbringen werden. Verständlich, wenn man weiß, dass das Hotel auf Jahre hinaus nur rote Zahlen schreiben wird.

Die Stadtwerke engagieren sich bei Parkplätzen und Tiefgarage mit sieben Millionen; hinzu kommen die

Investitionskosten für die Energieversorgung des gesamten Komplexes.

Mit diesem ehrgeizigen Projekt glauben der Oberbürgermeister und die Mehrheit der Stadträte die Stadt voran-

bringen zu können, obwohl es zwischenzeitlich einen erbitternden Wettbewerb der Städte auf diesem Gebiet gibt. Verliert ihn die Stadt, wird uns dieses Engagement viele Millionen kosten, Geld, das man in wesentlich bessere Zukunftsinvestitionen hätte anlegen können. So unterstützen wir die Idee der Errichtung einer Wissenswelt in der ehemaligen WCM in Verbindung mit dem Brenzpark. Allerdings werden auch hierfür mehrere Millionen benötigt. Um den anderen eine Nasenlänge voraus zu sein, müsste man rasch starten. Die Bionik, erneuerbare Energien u.a. Zukunftsfelder könnten im Mittelpunkt eines solchen Zentrums stehen.

Um gerade die Abwanderung junger und gut ausgebildeter Menschen zu verhindern braucht die Stadt Forschungseinrichtungen und neue industrielle Zukunftsbranchen mit denen den Herausforderungen dieses Jahrhunderts begegnet werden kann. Die Wissenswelt könnte hier einen ersten Ansatz bilden.



Am 12.10.07 schrieb Michael Sautter wegen des Vogelschutzgebiets in der Fuchssteige einen offenen Brief

Sehr geehrte Frau Ministerin,

■ Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Heidenheimer Gemeinderat verfolgt seit fast drei Jahrzehnten das kommunalpolitische Ziel eines sparsamen und umweltschonenden Verbrauchs der Kultur- und Naturlandschaft in unserer Stadt. Die Devise „Innen – vor Außenentwicklung“ prägt unsere politischen Initiativen und Entscheidungen im Gemeinderat und im öffentlichen Leben.

Insofern begrüßen wir Ihren Einsatz, den nach wie vor ungebremsten Flächenverbrauch im Land einzudämmen (vgl. Südwestpresse v. 8.10.07).

Ihre Beweggründe können wir inhaltlich nachvollziehen und teilen sie uneingeschränkt mit Ihnen!

Sie verweisen auf die Verpflichtung der Landratsämter, ihrer Aufsicht im Sinne des Flächenschutzes bei der Bauplanung der Gemeinden nachzukommen. Auch diese Forderung können wir nur unterstreichen!

Wie sieht es jedoch mit der Dienstaufsicht der Regierungspräsidien aus, ►

Weltkindertag auf dem Heidenheimer Rathausplatz

■ Im Rahmen des Weltkindertages am 23. September 2007 auf dem Rathausplatz, beteiligte sich auch die Grüne Jugend wieder traditionell am regen Geschehen. Mit Geschicklichkeits- und Koordinationsspielen wie Pedalos, Kreiseln und Ringewerfen sollten die unterschiedlichsten psychomotorischen Fähigkeiten angeregt und gleichzeitig Spiel, Sport und Spaß vermittelt werden. Der Reiz jener Bewegungsspiele besteht vor allem darin, dass bestimmte Fertigkeiten geschult werden können, durch die eine

verbesserte Kompatibilität der beiden Gehirnhälften erreicht werden kann. Mithilfe von Freude am Spiel soll neue Motivation und vermehrtes Interesse an sportlicher Betätigung geweckt werden, wobei gleichzeitig eine Leistungssteigerung auf mentaler Ebene geschaffen werden kann.

Neben diesem Gesichtspunkt steht für die Grüne Jugend aber vor allem der soziale Aspekt im Vordergrund, denn ein nachhaltiger Umgang mit Kindern und deren Förderung ist unabdingbar und sollte einen hohen Stellenwert innerhalb

der Gesellschaft genießen. Das Motto des diesjährigen Kindertages „Mit Kindern ist kein Weg zu weit“ sollte auf politischer Ebene unterstützt und wieder vermehrt ins Bewusstsein der Menschen zurück gerufen werden. - Sabine Bodenmüller





Seit 26. September 2007 gibt es einen Neuen Vorstand. Neu im Vorstand ist Brian Krause. Von links nach rechts Karl-Georg Albrecht Stefani Schall-Uhl, Günther Freudenmann, Lisa Kömm-Häfner, Claus Behrendt, Brian Krause. Nicht auf dem Bild: Hans-Martin Hartmann

(Fortsetzung: offener Brief) die für die großen Kreisstädte zuständig sind?

Mit großer Überraschung erfahren wir aus den Heidenheimer Tageszeitungen (HZ und HNP), dass sich das Stuttgarter Regierungspräsidium in Heidenheim sogar als „Geburtshelfer“ für ein Neubaugebiet profiliert.

Dabei wird der Natur – und Umweltschutz ausgerechnet in einem Bereich mit europaweiter Verantwortung missachtet. Die Bedrohung der Artenvielfalt in der Tier – und Pflanzenwelt wurde endlich auch in Brüssel erkannt.

Die angekündigte Herausnahme einer vier Hektar großen Waldfläche an der Fuchssteige in Heidenheim aus dem Vogelschutzgebiet „Mittlere Schwäbische Alb“ dürfte kaum im Sinne der Naturschutzverwaltung der EU sein, die sich für die Schaffung solcher Flächen verantwortlich zeigt.

Ohne Not ebnet das RP Stuttgart auf diese Weise für die Heidenheimer Stadtverwaltung und die Mehrheit des Heidenheimer Gemeinderats den Weg für die Rodung des Waldes und seine Ausweisung als Wohnneubaugebiet.

Frau Ministerin, wir dürfen Sie höflich bitten, Ihren Einfluss gemäß Ihren eigenen Intentionen geltend zu machen; verhindern Sie die Herausnahme dieser Waldfläche aus dem Vogelschutzgebiet!

Mit Interesse erwarten wir Ihre Antwort. Für ein persönliches Gespräch stehen wir gerne zur Verfügung!

Mit freundlichem Grüßen
Michael Sautter, Fraktionssprecher

Winne Hermann, MdB in Heidenheim

■ Am Donnerstag, 22. November trifft Winne Herrmann (GRÜNE) auf Schorsch Brunnhuber (CDU). Die IHK-Podiumsdiskussion steht unter dem Thema „Infarktstruktur oder Infrastruktur?“ Es wäre schön, wenn er von ein paar Leuten von uns unterstützt würde. Beginn 17:30 Uhr.

Grüne Winterwanderung

■ Sozusagen zwischen den Jahren, am 30. Dezember, findet der traditionelle Winterwandertag für alle Mitglieder, Freunde und Interessierte statt. Das Ziel ist noch unbekannt. Bitte schaut/schauen Sie Näheres unter www.gruene-kreisheidenheim.de oder ruft/rufen Sie 07321/44389

Einladung zu einem Besuch im Landtag von Baden-Württemberg am Mittwoch, den 4. Juni 2008

Eingeladen sind alle Interessierte, auch Nichtmitglieder.

Wir werden voraussichtlich per Bahn um 9.00 Uhr in Heidenheim wegfahren und zunächst eine Führung im Haus der Geschichte erhalten. Anschließend gemeinsames Mittagessen und um 15 Uhr der Besuch im Landtag einschließlich einer Plenarsitzung, also Landespolitik live!

Rückfahrt vermutlich gegen 18 Uhr, Ankunft in Heidenheim ca. 20.00 Uhr. Die Fahrtkosten werden übernommen.

Anmeldeschluss: 30. November 07
Teilnehmerzahl auf 25 begrenzt!

Diese Stuttgart-Termine sind sehr begehrt. Also rasche verbindliche Anmeldung: schalluhl@hotmail.com oder unter 07321/44389.

Einladung zu einem
ausgesprochen politischen Vortrag
bei Solar mobil Heidenheim

Dienstag, 29.01.2008,
19:30 Uhr, Meeboldhaus

Dr. Jürgen Grahl, stellvertretender Vorsitzender des Solarenergie-Fördervereins Deutschland e.V.

Werden erneuerbare Energien unbezahlbar?

Sind Verzicht, Wohlstandseinbußen und Wettbewerbsnachteile für unsere Industrie der Preis für den Klimaschutz? Sollten wir versuchen, die Lasten der Energiewende international möglichst gleichmäßig zu verteilen? Oder sieht bei einer umfassenderen Betrachtungsweise die Bilanz der Erneuerbaren vielleicht gänzlich anders aus?

Bitte vormerken

Am 7. oder 8. Februar kommt Winne Hermann zu uns. Themen sind: Klimaschutz und/oder Bahnprivatisierung. Bitte schaut/schauen Sie Näheres unter www.gruene-kreisheidenheim.de oder ruft/rufen Sie 07321/44389.

Impressum

Bündnis 90/Die Grünen, Postfach 1264, 89502 Heidenheim, Tel. 44389, kv.heidenheim@t-online.de

Vorstandssprecherin: Stefani Schall-Uhl, Nibelungenstr. 44, 89518 Heidenheim, 07321-40603, schalluhl@hotmail.com

Endredaktion und Layout: Hans-Martin Hartmann, hans-m.andrea.hartmann@t-online.de

Konto:
Volksbank Heidenheim BLZ 63290110, Nr.154376000